

UnitED Prevent IPV/DV Femicide in Europe (FEM-UnitED)

Ein europäisches Kooperationsprojekt
zur Erfassung und Prävention von Femiziden
(gefördert im Rahmen des Rights, Equality
and Citizenship Programme und durch das BMFSFJ)

1. Kurzzusammenfassung

Mit Projekt „FEMICIDE-gemeinsam Femizide verhindern“, das von November 2020 bis Ende 2022 durchgeführt wird, sollen auf nationaler und europäischer Ebene Strategien zur Verhinderung von Tötungsdelikten an Frauen entwickelt und gestärkt und in Praxis und Politik implementiert werden. Beteiligt sind fünf europäische Länder (neben Deutschland: Malta, Zypern, Spanien und Portugal). Das Projekt wird im Rahmen des Rights, Equality and Citizenship Programms durch das EU Directorate-General Justice and Consumers gefördertem und durch das BMFSFJ bezuschusst

Im Projekt wird zunächst ein Datenerfassungssystem zur langfristigen Erfassung und Auswertung von vertiefenden Informationen zu Tötungsdelikten an Frauen entwickelt und erprobt, welches Erkenntnisse zu den Taten ermöglicht und für die Erarbeitung sinnvoller Präventionsstrategien auf nationaler Ebene relevant ist.

Darauf aufbauend werden Risikofaktoren und Verbesserungspotenziale im Hinblick auf staatliche und institutionelle Reaktionen untersucht. Dies bildet die Basis für die Entwicklung und Implementierung von politik- und praxisrelevanten Tools, die der bestmöglichen Verhinderung von Femiziden dienen. Zu diesen gehören:

- Die Entwicklung von internetbasierten Trainings und Empfehlungen für die nationale und regionale Fachpraxis (mit Bezug auf gemeinsam abgestimmte und betroffenenorientierte Verfahren zur wirkungsvollen Verhinderung von Femiziden)
- Die Vorbereitung und Umsetzung einer Öffentlichkeitskampagne mit Videos, die sich auf die Rolle der sozialen Umfeldler und deren Möglichkeiten zur Verhinderung der Taten beziehen.
- Die Schulung von Journalist*innen, die diese Öffentlichkeitsarbeit und die Verhinderung von Femiziden durch breite Aufklärung unterstützen.
- Informationsveranstaltungen, die konkrete Handlungsstrategien an politische und institutionelle Entscheidungsträger*innen vermitteln und Bündnisse sowie gemeinsame Vorgehensweisen vorbereiten helfen.

2. Konzeptioneller Rahmen

Das innovative Projekt dient der wissenschaftsbasierten Umsetzung wirksamer Handlungsstrategien zur Verhinderung von Tötungsdelikten an Frauen auf nationaler und internationaler Ebene. Es zielt darauf ab, geeignete und abgestimmte Reaktionen auf Gefährdungsfälle unter Einbeziehung der sozialen Umfeldler, der multiprofessionellen Praxis vor Ort, der Medien und der politischen wie institutionellen Entscheidungsträger/innen zu entwickeln und zu implementieren, um Tötungsdelikte an Frauen erfolgreich zu verhindern.

Zentrale Ziele sind:

- (1) Europäisch abgestimmte Methoden für die Erfassung quantitativer und qualitativer Daten und Informationen zu entwickeln, welche für die Prävention von Femiziden weiterführend sind. Diese bilden nicht nur Prävalenzen und Entwicklungen im Zeit- und Ländervergleich ab, sie geben vor allem auch Hinweise auf Risikofaktoren und Lücken in den institutionellen Reaktionen auf und den Umgang mit schwerer häusliche Gewalt und Gefährdungslagen mit Blick auf Femizide.
- (2) Die multiprofessionelle Praxis und Politik, aber auch die sozialen Umfeldler der Betroffenen aufzuklären und zu stärken, damit Tötungsdelikte an Frauen noch besser durch abgestimmte Verfahren verhindert werden können.
- (3) Durch ein erhöhtes öffentliches Bewusstsein und breite Aufklärung unter Einbeziehung der Medien zu sichtbarem gesellschaftlichem Wandel und einem relevanten Rückgang von Tötungsdelikten an Frauen beizutragen.
- (4) Die Tötung von Frauen als hoch relevantes Thema auf die Agenda von Politik und Gesellschaft zu setzen und verbesserte Entscheidungen für eine wirkungsvolle Prävention herbeizuführen.

Das Projekt soll im Zeitraum von zwei Jahren in folgenden Schritten umgesetzt werden:

1. Entwicklung und Erprobung von europäisch abgestimmten Methoden zur Erfassung von Daten und Informationen zu Femiziden auf nationaler Ebene und Ableitung von Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis

Im ersten Schritt wird eine Datenbank aufgebaut und erprobt, die fallbezogen sowohl quantitative als auch qualitative Informationen zu Femiziden erfasst. Diese enthält Grunddaten zu den Delikten, die über Informationen aus den Polizeilichen Kriminalstatistiken hinausgehen und die auch Erkenntnisse zu Hintergründen und Begleitumständen sowie institutionellen Reaktionen, Interventionen und möglichen Interventionslücken im Vorfeld der

Taten enthält. Diese sollen in nationalen und einem vergleichenden internationalem Report dokumentiert werden.

Die Auswertung der Daten bildet eine Basis für die Entwicklung der weiteren praxisnahen Projektaktivitäten und der Stärkung erfolgreicher Präventionsstrategien. Die daraus hervorgehenden Empfehlungen sollen an jeweils 100 politische Entscheidungsträger im Kontext nationaler Treffen vermittelt werden. Die Stakeholder werden auch in die weiteren Umsetzungsstrategien des Projektes eingebunden und über diese informiert.

2. Entwicklung und Umsetzung einer nationalen Öffentlichkeitskampagne auf Basis abgestimmter Kommunikationsstrategien und gemeinsam entwickelter Videos und Trainings für Medienschaffende

Auf Basis gemeinsam abgestimmter Kommunikationsstrategien werden Videos für jedes beteiligte Land entwickelt und für eine Aufklärungskampagne zum Thema Femizide in Deutschland genutzt, die sich an die breite Öffentlichkeit, aber auch an die sozialen Umfeldler potenziell betroffener Frauen richtet. Die Kampagne adressiert geschlechtsspezifische Dynamiken von häuslicher Gewalt und die Möglichkeit von nahestehenden Personen und Zeugen/innen, gefährliche Muster bzw. Gefährdungslagen rechtzeitig zu erkennen und im Sinne der Verhinderung von Tötungsdelikten und schwerer Gewalt an Frauen bestmöglich zu intervenieren bzw. die Betroffenen adäquat anzusprechen und zu unterstützen. Zudem sollen fortbildende Workshops mit 60 Medienprofis in Zusammenarbeit mit Journalisten- und Medienverbänden organisiert und umgesetzt werden, welche die Kampagne unterstützen.

3. Entwicklung, Testung und Implementierung von Fort- und Weiterbildungstools für Fachkräfte im multiprofessionellem Kontext

Zur Stärkung der multiprofessionellen Praxis im Bereich der Kommunen sollen digitale Fortbildungen entwickelt werden und an insgesamt 300 Fachkräfte aus Polizei, Justiz, dem Unterstützungssystem, Jugendämtern, Bildungsinstitutionen und anderen relevanten Berufsgruppen vermittelt werden. Dabei sollen strukturierte Handlungsleitlinien und Methoden für die Stärkung der interinstitutionellen Zusammenarbeit im Sinne einer kommunal abgestimmten Strategie vermittelt werden. Auch sollen die Perspektiven potenziell gefährdeter Personen, schädliche Verhaltensweisen und Stereotypen, sinnvolle Rückkoppelungsschleifen und Verabredungen sowie erfolgreiche Strategien zur Verhinderung von Tötungsdelikten an Frauen thematisiert werden. In Deutschland werden vermutlich auch die kommunalen Runde Tische in unterschiedlichen Bundesländern maßgebliche Partner für die Umsetzung dieser Ziele sein.

Zu erwartende Ergebnisse:

Das Projekt stellt einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention und zur Umsetzung der Istanbul Konvention dar, indem (1) Wissen und Erkenntnisse zu geschlechtsbezogenen Tötungsdelikten an Frauen und Möglichkeiten der verbesserten Prävention gewonnen werden, (2) eine breite wissenschaftsbasierte öffentliche Aufklärungskampagne erfolgt und (3) abgestimmte Strategien für die erfolgreiche Prävention vor Ort entwickelt und unterstützt werden. Zentrales Ziel ist es, die Zahl der Tötungsdelikte an Frauen in den beteiligten Ländern (und darüber hinaus) sichtbar zu verringern. Durch die Abstimmung zwischen unterschiedlichen europäischen Partnern, den Wissenschafts-Praxis-Politik-Transfer, die breite Öffentlichkeitsarbeit auf Basis einer intensivierten Fall- und Systemanalyse soll die Wirksamkeit von Strategien zum Abbau dieser sehr schweren Form von Gewalt gegen Frauen erhöht werden. Die entwickelten Tools können auch langfristig für die Fortbildungs- und Aufklärungsarbeit von Bund, Ländern und Kommunen sowie unterschiedlichen Institutionen weiter genutzt werden.

Kooperation mit dem BMFSFJ:

Alle Projektschritte und Arbeitsergebnisse werden in regelmäßigen Abständen mit dem BMFSFJ kommuniziert und können von diesem auch für die eigene Öffentlichkeitsarbeit und Strategieentwicklung aktiv genutzt werden.

3. Durchführung des Projektes in Deutschland

Das Projekt wird in Kooperation mit Universitäten, Forschungsinstituten und Frauenverbänden in Malta, Zypern, Spanien und Portugal durchgeführt, soll aber auch durch die enge Vernetzung mit dem European Observatory on Femicide (EOF) in andere europäische Länder ausstrahlen. In Deutschland wird das Projekt geleitet von Prof. Dr. Monika Schröttle am Institut für empirische Soziologie (IfeS), einem gemeinnützigen Verein zur Förderung der empirischen soziologischen Forschung mit Schwerpunkten im Bereich Gender, Gewalt und Menschenrechte. Monika Schröttle ist seit vielen Jahren in der nationalen und internationalen Forschung und Strategieentwicklung zum Abbau von Gewalt gegen Frauen (und häuslicher Gewalt) aktiv. Sie lehrt an der RWU Ravensburg-Weingarten im Masterstudiengang "Soziale Arbeit und Teilhabe". Am IfeS leitet sie die Forschungs- und Beobachtungsstelle Geschlecht, Gewalt, Menschenrechte (FOBES). Auf europäischer Ebene koordiniert Schröttle gemeinsam mit Dr. Christiana Kouta das European Observatory on Femicide (EOF) und gemeinsam mit Dr. Renate Klein das European Network on Gender and Violence (ENGV).